

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 15
vom 11. Dezember 1920

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r, Vizekanzler B r e i s k y sowie die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. P a l t a u f, Dr. G r i m m, H a u e i s, H e i n l, Dr. P e s t a, Dr. R e s c h und Dr. G r ü n b e r g e r.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 9.00 – 11.30

Reinschrift (3 Seiten), Konzept, keine Präsenzliste, kein Stenogramm, kein Beschlussprotokoll.

I n h a l t:

1. Verordnung der Bundesregierung über die Ablieferung von Kriegswaffen und Munition.
2. Ausstellung der Gobelins in Amerika.

1.

Verordnung der Bundesregierung über die Ablieferung von Kriegswaffen und Munition.

B.-M. Dr. G l a n z erbittet und erhält die Ermächtigung, eine dem Ministerrate im Entwurf vorliegende Verordnung der Bundesregierung über die Ablieferung von Kriegswaffen und Munition erlassen zu dürfen.

2.

Ausstellung der Gobelins in Amerika.

B.-M. Dr. G r i m m berichtet, daß drei Serien Gobelins zu Ausstellungszwecken nach Amerika gebracht werden sollen, um dem amerikanischen Publikum Gelegenheit zu geben, diese Kunstwerke kennen zu lernen. Dadurch würde die Aktion wegen Verpfändung von Gobelins wesentlich gefördert und auch die Stimmung in Amerika durch eine solche augenfällige Dokumentierung unserer wirtschaftlichen Not zu unseren Gunsten beeinflusst

15 – 1920-12-11

werden. Die Eintrittspreise sollen allerdings nach dem Plane der amerikanischen Mission der Reparationskommission der Hoover-Aktion gewidmet werden; wir hoffen aber damit vielleicht auch die Kosten des Transportes, der Versicherung und der Ausstellung decken zu können.

Vizekanzler B r e i s k y wünscht, daß bei der öffentlichen Verlautbarung dieses Projektes betont werde, daß es sich in diesem Falle tatsächlich nur um eine Ausstellung der Gobelins, nicht aber um deren Verkauf in Amerika handle.

Der Ministerrat nimmt die Ausführungen des Ministers Dr. G r i m m zustimmend zur Kenntnis und pflichtet gleichzeitig der Auffassung des Vizekanzlers B r e i s k y in formeller Beziehung bei.

Der Ministerrat ging sodann in die Beratung der ihm für die heutige Sitzung vorliegenden Personalanträge für den Jännertermin ein.